



Presseschau vom 07.11.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-Rinfo, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipp:

Weshalb Hitler in Raserei verfiel – Sechs Fakten über Moskauer Militärparade am 7. November 1941

<https://sptnkne.ws/Ase8>

vormittags:

de.sputniknews.com: „Zugunsten lokaler Gemeinden“: US-Außenministerium über Ölförderung in Nordostsyrien

Laut dem amerikanischen Außenministerium wird Öl im Nordosten Syriens von lokalen Behörden gefördert. Dies meldet Reuters unter Berufung auf einen hochrangigen Beamten vom US-Department.

Das Öl, das sich in den von US-Militärs kontrollierten Bezirken befindet, wird demnach von lokalen Behörden „zugunsten lokaler Gemeinden“ gefördert.

„Wir haben hier im US-Außenministerium keine Anleitung von der Administration, was man mit den Ölfeldern tun soll“, sagte ein namentlich nicht genannter Beamter.

Damit beantwortete er die Frage, ob die Variante einer Beteiligung von US-Unternehmen an der Ölförderung in diesen Regionen in Betracht gezogen werde.

Unter anderem betonte der Beamte, dass die US-Mission im Großen und Ganzen darin bestehe, die Sicherheit der Bezirke, in denen sich die Ölfelder befinden, zu garantieren.

Trumps Aussage

Zuvor erklärte der amerikanische Präsident, Donald Trump, laut Reuters: „Was ich offenbar zu tun beabsichtige, ist, ein Geschäft mit ExxonMobil oder einem unserer großartigen Unternehmen zu machen, um da reinzugehen und es richtig zu machen (...) und den Reichtum zu verteilen“, erläuterte Trump.

Erweiterte US-Mission genehmigt?

Am Mittwoch hatte die Nachrichtenagentur AP unter Berufung auf amerikanische Beamte gemeldet, dass US-Präsident Donald Trump eine erweiterte Militärmission zur Sicherung von Ölfeldern im Osten Syriens genehmigt haben soll. Laut dem neuen Plan sollen die US-Militärs einen Großteil des Territoriums schützen, das sich unter Kontrolle der syrischen Kurden befindet und sich von Deir ez-Zor bis al-Hassakeh erstreckt.

US-Militärs bleiben teilweise in Syrien

Der Pentagon-Chef bestätigte am 25. Oktober, dass Washington Truppen nach Nordost-Syrien schicken würde, um den Schutz der dortigen Ölfelder vor Terroristen der Terrormiliz IS zu sichern. Diese Entscheidung macht den vorherigen Beschluss der USA von Anfang Oktober teilweise rückgängig, ihre Streitkräfte aus der Region abzuziehen.

Etwa 90 Prozent der syrischen Ölförderung befinden sich am östlichen Ufer des Euphrat-Flusses, das zuvor Haupteinkommensquelle der Terrormiliz IS („Islamischer Staat“; Daesh) war. Derzeit seien diese Territorien überwiegend unter Kontrolle der SDF-Truppen, die als Verbündete der USA gelten.

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden einmal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt, teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit.

Beschossen wurde das Gebiet von **Logwinowo**.

Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: US-Ausstieg aus Open-Skies-Vertrag? – Moskau hat Gegenmaßnahmen parat

Für den Fall des US-Ausstiegs aus dem Vertrag über den offenen Himmel hat Russland Gegenmaßnahmen parat. Diese Auffassung äußerte der Leiter der Abteilung für Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle im russischen Außenministerium Wladimir Jermakow gegenüber Sputnik.

Laut Jermakow gefährden jegliche Entscheidungen der Vereinigten Staaten, die einen Ausstieg aus abgeschlossenen Vereinbarungen vorsehen, die internationale Sicherheit. „Leider tun das unsere US-amerikanischen Kollegen gezielt seit dem Ende der 1990er Jahre“, stellte Jermakow fest. Washingtons Pläne zum Ausstieg aus dem Open-Skies-Vertrag hätten Moskau „nicht sehr stark überrascht, fügte er hinzu“.

Am 27. Oktober hatten US-Medien berichtet, dass US-Präsident Trump ein Dekret unterzeichnet habe, in dem er sein „Vorhaben signalisiert“, aus dem Vertrag auszusteigen. Als Jermakow gefragt wurde, ob Russland Gegenmaßnahmen im Falle des US-Ausstiegs aus dem Abkommen unternehmen werde, äußerte er: „Natürlich. Bei uns ist alles schon fertig. Sie werden davon erfahren“.

Zuvor hatte der Chef des Außenausschusses des US-Unterhauses Eliot Engel gesagt, er sei über Berichte über die möglichen Pläne der USA besorgt, den Vertrag über den offenen Himmel zu verlassen. In Bezug darauf habe er einen Protestbrief an den Nationalen Sicherheitsberater des Präsidenten gerichtet, so Engel.

Bislang keine offiziellen Erklärungen

Ende Oktober hatte das russische Verteidigungsministerium verkündet, die US-Nachrichtendienste hätten Moskau Verstöße gegen den Vertrag über den Offenen Himmel vorgeworfen, um die russischen Überwachungsflüge über dem US-Territorium zu verhindern.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, teilte mit, es habe bislang keine offiziellen Äußerungen der USA zum möglichen Ausstieg aus dem Vertrag bekommen, den Moskau für ein wichtiges Instrument der Europäischen Sicherheit halte.

Open-Skies-Vertrag

Der Vertrag über den Offenen Himmel war im Jahr 1992 in Helsinki von 27 Mitgliedstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) unterzeichnet worden. Ziel des Abkommens ist es, die gegenseitige Verständigung und das Vertrauen zu festigen.

Im Rahmen des Vertrags ist es den Teilnehmerstaaten gestattet, gegenseitig ihre Territorien auf festgelegten Routen zu überfliegen und Aufnahmen zu machen. Derzeit vereint das Abkommen 34 Länder. Russland ratifizierte es am 26. Mai 2001.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 6. November 3:00 Uhr bis 7. November 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 22. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7, Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Dolomitnoje, Krutaja Balka, Kaschtanowoje, Shabitschewo, Spartak, Donezk (Volvo-Zentrum, Terminal, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Jelenowka, Nowolaspa, Kominternowo, Nowaja Tawrija, Leninskoje.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 283.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 159.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Ausschuss der UN-Vollversammlung billigt Russlands Resolutionsentwurf zur Festigung der Rüstungskontrolle

Der Ausschuss für Abrüstung und internationale Sicherheit der UN-Vollversammlung hat am Donnerstag praktisch einstimmig den von Russland unter Mitwirkung von neun Staaten erarbeiteten Resolutionsentwurf zur Festigung des Systems der Verträge über die Rüstungskontrolle gebilligt.

Für das Dokument stimmten 174 Staaten. Niemand votierte dagegen. Fünf Staaten – die Ukraine, Georgien, der Sudan, Palau und Kolumbien – enthielten sich der Stimme.

Der Resolutionsentwurf „Die Festigung und Entwicklung des Systems der Verträge und Abkommen im Bereich der Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung“ (von Massenvernichtungswaffen – Anm. d. Red.) ruft alle Teilnehmerstaaten der entsprechenden Verträge auf, alle Bestimmungen dieser Abkommen in vollem Umfang einzuhalten.

Zudem enthält das Dokument den Aufruf, Anstrengungen zur Festigung des Systems der Verträge im Bereich der Rüstungskontrolle auch weiterhin zu unternehmen.

Jegliche Handlungen, die das System der Verträge über die Rüstungskontrolle, Abrüstung und

Nichtweiterverbreitung zum Scheitern bringen, untergraben auch die globale Stabilität und internationale Sicherheit, heißt es im Dokument.

Der Resolutionsentwurf enthält zudem die Bitte an den UN-Generalsekretär, bei der Erhaltung der Integrität dieser Verträge auch weiterhin zu helfen sowie die Erarbeitung von zusätzlichen Maßnahmen, die auf den Abschluss zusätzlicher solcher Abkommen abzielen, durch Staaten zu fördern.

Der Resolutionsentwurf soll in einer Plenarsitzung der UN-Vollversammlung im Dezember vorgestellt werden. Das Dokument wurde erarbeitet, nachdem der zwischen der Sowjetunion und den USA geschlossene Vertrag über die Vernichtung von Mittel- und Kurzstreckenraketen (kurz INF-Vertrag) am 2. August auf US-Initiative aufgelöst worden war. ...



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32238/54/322385440.jpg>

de.sputniknews.com: **Washington verlangt von Seoul 4,7 Milliarden für Stationierung der US-Truppen**

Die USA haben von Südkorea verlangt, die Kosten für die Stationierung ihres Militärs auch in den angrenzenden Regionen des „Indo-Pazifiks“ zu übernehmen. Somit würde sich die Gesamtsumme, die die Vereinigten Staaten von Südkorea verlangen, auf 4,7 Milliarden US-Dollar belaufen, berichtete die südkoreanische Zeitung „Chosun Ilbo“ am Donnerstag. Laut der Zeitung meinte James DeHart, der Berater des US-Außenministeriums für Verhandlungen der Sicherheit bei einem Treffen mit Vertretern im Bereich der südkoreanischen Politik und Wirtschaft, diese Summe sei lediglich ein Teil des Beitrags. Die angeblichen Verteidigungsausgaben seien viel höher, aber die USA wären bereit, auch 4,7 Milliarden US-Dollar anzunehmen.

Seoul soll mehr anpacken, meint Trump

DeHart betonte außerdem, dass der US-Präsident Donald Trump meinte, Südkorea müsste mehr zu den Bemühungen der Amerikaner zur Gewährleistung der Sicherheit von Seoul beitragen.

Dabei hält die südkoreanische Regierung laut „Chosun Ilbo“ an der Position fest, dass die Frage der Erhöhung von Verteidigungsausgaben eine Ratifizierung im Parlament erfordert und unter der Kontrolle des Parlaments steht. Falls die Kosten auch die Stationierung von amerikanischen Soldaten in den angrenzenden Regionen beinhalten sollten, würde es unmöglich sein, irgendwelche Kontrollen durchzuführen, und Seoul sei nicht bereit, dafür zu zahlen.

Summe fünf Mal höher

Darüber hinaus präsentiere Washington eine Summe, die fünf Mal höher sei als das, was Südkorea jetzt zahle. Eine Begründung für den starken Anstieg der Summe präsentierten die Alliierten nicht.

Am Mittwoch trafen sich David Stillwell, der Berater des US-Außenministers für Ostasien

und den Pazifikraum, und Robert Abrams, der Befehlshaber der US-Streitkräfte in Südkorea mit dem Vizechef des Büros für nationale Sicherheit Kim Hyun-chong. Sie hätten „konkrete, konstruktive und vorausschauende“ Konsultationen zu anstehenden Bündnisfragen gehabt, bei welchen der Vizechef die Position Südkoreas zur Aufteilung der Verteidigungskosten erklärte, sagte die Regierungssprecherin Ko Min-jung.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32595/72/325957258.jpg>

Lug-info.com: Der 90. Konvoi des Zivilschutzministeriums Russlands mit humanitärer Hilfe für die Einwohner des Donbass ist in Lugansk eingetroffen. 12 Lastwagen haben 134,4 Tonnen humanitäre Hilfe geliefert, darunter 7680 Lebensmittelpakete für Kinder unter drei.

de.sputniknews.com: **Russland fordert Großbritannien und Frankreich zu Atom-Abrüstung auf**

Moskau erachtet eine weitere Verringerung der strategischen Nuklearwaffen ohne die Beteiligung der europäischen Atommächte – Großbritannien und Frankreich – für unmöglich. „Eine weitere Reduktion strategischer Nuklearwaffen ist kaum möglich, ohne dass Großbritannien und Frankreich sich dem anschließen“, sagte Wladimir Jermakow, Leiter der Abteilung für Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle im russischen Außenministerium, als Reaktion auf die Pläne des US-Präsidenten Donald Trump, ein neues Abrüstungsabkommen, den so genannten New-Start-Vertrag, abzuschließen. Dabei will Trump auch China mit ins Boot holen.

Russland habe Jermakow zufolge nichts gegen neue Teilnehmer. „Wenn die Amerikaner jemanden miteinbeziehen wollen, sollen sie sich damit auch befassen“. Dabei betonte er, dass es nicht gelingen werde, jemanden zu einer Kooperation zu zwingen.

Der aktuelle Vertrag zur Verringerung der strategischen Nuklearwaffen (START-Vertrag) wurde 2010 unterzeichnet und gilt bis Februar 2021. Nach dem Ende des INF-Abrüstungsvertrags ist es das einzige gültige Abkommen zwischen Russland und den USA über die Waffenkontrolle. Washington hat noch nicht bekannt gegeben, ob es den Vertrag verlängern will. Trump will ein neues – dreiseitiges – Abkommen zwischen Russland, China und den USA aushandeln. Peking wies die Idee jedoch zurück.

Dan-news.info: Der humanitäre 90. Konvoi des Zivilschutzministeriums Russlands ist heute in Donezk eingetroffen. Es wurden 40.320 Lebensmittelpakete für Kinder unter drei geliefert, das Gesamtgewicht der Lieferung beträgt 262 Tonnen.

de.sputniknews.com: **Handelsdeal mit USA: China stellt Bedingung**

Die chinesische Regierung hat eine Bedingung für die Beendigung des Handelskrieges mit den Vereinigten Staaten genannt. Die beiden größten Volkswirtschaften überziehen sich seit

mehr als einem Jahr gegenseitig mit Strafzöllen, ihr Streit trübt die Weltkonjunktur. Beide Seiten verhandeln zwar über einen umfassenden Handelsdeal, die Regierung in Peking erachtet eine Einigung aber nur unter gegenseitiger Aufhebung der Strafzölle als möglich. Die Einigung auf eine gleichzeitige Aufhebung der Zölle müsse eine wichtige Voraussetzung für das Zustandekommen eines ersten Handelsabkommens sein, sagte Gao Feng, Sprecher des chinesischen Handelsministeriums, am Donnerstag.

„Wenn die Parteien eine Einigung erzielen, müssen die gegenseitigen Zölle synchron und proportional aufgehoben werden. Das ist eine wichtige Bedingung.“

Auf welche Waren und in welchem Ausmaß diese Zollreduzierung erfolgen soll, verriet der Sprecher nicht. Er bestätigte, dass Unterhändler aus beiden Staaten eng im Kontakt blieben.

„Der Handelskrieg hat mit der Erhöhung der Zölle begonnen und muss mit ihrer Annullierung beendet werden.“

Die USA und China belegen sich schon seit 16 Monaten gegenseitig mit milliardenschweren Zöllen auf Importe. US-Präsident Donald Trump hatte die Zollverhängung damit begründet, dass China deutlich mehr in die USA exportierte als umgekehrt. Der Handelskonflikt bremst sowohl das Wirtschaftswachstum in beiden Ländern, als auch weltweit.

nachmittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Die Einheiten der Volksmiliz der DVR sind bereit ihre Verpflichtungen zum Abzug an einem von der Kontaktgruppe vereinbarten Datum wieder aufzunehmen

Heute haben wir die OSZE-Mission über die Bereitschaft der Einheiten der Volksmiliz der DVR mit der Umsetzung praktischer Maßnahmen am Abschnitt bei Petrowskoje, wobei zuvor eine Trennung der Seiten stattgefunden hatte, nach einer entsprechenden Entscheidung der Kontaktgruppe am 9. November zu beginnen.

Wenn dieses Datum von allen Mitgliedern der für den 8. November geplanten Videokonferenz bestätigt wird, so werden Vertreter der Volksmiliz der DVR am 9. November um 13 Uhr nach Moskauer Zeit wieder eine weiße Signalrakete als Zeichen der Bereitschaft, mit dem Prozess der Beseitigung der Verstöße an dem Abschnitt zu beginnen, starten.

Wir teilen auch mit, dass die gesamte notwendige Ausgangsinformation, die der Mission am 2. November übergeben wurde, auch heute aktuell ist.

Derzeit sind keine offiziellen Informationen über Absichten der ukrainischen Seite, mit der Republik ein neues Datum für den Beginn eines synchronen und spiegelbildlichen Abzug zu vereinbaren, eingegangen.

Wir erwarten die Durchführung der außerplanmäßigen Videokonferenz der Kontaktgruppe und die Vereinbarung des nächsten Datums, den 9. November, durch alle Mitglieder.

Ruslan Jakubow, Leiter der Vertretung der DVR im GZKK

mil-lnr.info: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko

Um die Einheiten der Volksmiliz zu erwidern den Handlungen zu provozieren, setzt der Gegner den Beschuss des Territoriums der LVR fort. In den letzten 24 Stunden haben die BFU **einmal das Regime der Feueinstellung verletzt**.

In **Richtung Debalzewo** haben Kämpfer der 59. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Schapowalow das Gebiet von **Logwinowo** mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Verluste unter der Zivilbevölkerung oder den Soldaten der Volksmiliz der LVR gibt es nicht.

Die ukrainischen Besatzer nutzen weiter Objekte der zivilen Infrastruktur zur Stationierung von Waffen und Militärtechnik, mit denen Ortschaften unserer Republik beschossen werden.

In einem Wohngebiet von Solotoje, in unmittelbarer Nähe des Trennungsabschnitts, haben Kämpfer der 72. Brigade sechs Schützenpanzer stationiert.

de.sputniknews.com: **IS bereitet Expansion in ehemalige Sowjetrepubliken vor – FSB-Chef**

Die Geheimdienste der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) vermelden wachsende Aktivitäten von Kämpfern der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS; auch Daesh) in Afghanistan. Laut dem Chef des russischen Inlandsgeheimdienstes, Alexander Bortnikow, planen sie eine Expansion in die ehemaligen Unionsrepubliken.

„Wir registrieren wachsende Aktivitäten von IS-Formationen in Afghanistan, die sich im sogenannten ‚Wilayah Khorasan‘ (IS-Ableger in Afghanistan – Anm. d. Red.) vereinigt haben“, sagte Bortnikow am Donnerstag in einer Sitzung des Rates der Leiter der Sicherheitsbehörden und Geheimdienste der GUS-Staaten in Usbekistans Hauptstadt Taschkent.

In enger Verbindung mit ihnen agierte die islamistische Gruppe „Dschamaat Ansarullah“ und die „Islamische Bewegung von Ostturkestan“. Ihr Ziel sei es, einen Brückenkopf für eine Expansion in den GUS-Raum zu schaffen. Dabei sollten Extremisten aus zentralasiatischen Republiken eingesetzt werden.

Wie der FSB-Chef weiter betonte, begreifen die Terroristen ihre Niederlage in Syrien und im Irak und verlegten deswegen ihre restlichen Kräfte außerhalb des Nahen Ostens. Sie bilden laut Bortnikow neue instabile Zonen in Asien und Afrika und schlafende Zellen in Europa. Zuvor hatte der Vize-Leiter des russischen Regierungsapparats, Sergej Prichodko, mitgeteilt, dass etwa 10.000 IS-Terroristen in Afghanistan agierten, ein wesentlicher Teil davon in nördlichen und östlichen Provinzen.

Seit Jahresbeginn hatten Mitarbeiter des russischen Innenministeriums und des Inlandgeheimdienstes (FSB) in 17 russischen Regionen IS-Terrorzellen ausfindig gemacht. So wurden im Juli in der südrussischen Region Rostow die Tätigkeiten einer IS-Zelle unterbunden. Ihr sollen drei Russen angehört haben, die laut Angaben einen Angriff auf Polizeimitarbeiter sowie Terroraktionen geplant hatten. ...



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30572/15/305721514.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 7.11.2019**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **22-mal das Feuer auf Ortschaften der Republik eröffnet.**

In **Richtung Gorlowka** haben Strafsoldaten Schapowalow und Kaschtschenkos aus der 59. und 58. Brigade **Dolomitnoje** und die **Siedlungen des Gagarin-Bergwerks“ und des**

Bergwerks 6/7 in Gorlowka mit 82mm-Mörsern, Antipanzergrenatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer Kokorews aus der 92. und Martschenkos aus der 28. Brigade **Spartak, Shabitschewo, Kaschtanowoje, Krutaja Balka, Jelenowka**, das **Gelände des Flughafens** und die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** von Donezk mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, automatischen und Antipanzergrenatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Brigade Gnatows und der 128. Brigade Korostelevs **Leninskoje, Kominternowo, Nowolaspa** und **Saitschenko** mit automatischen Grenatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt haben die ukrainischen Kämpfer auf das Territorium der Republik 283 verschiedene Geschosse abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner das Gebiet von **Leninskoje** mit 82mm-Mörsern beschossen.

Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Nach der Initiierung einer außerplanmäßigen Sitzung der Kontaktgruppe am 8. November im Rahmen einer Videokonferenz, um ein neues Datum für die Trennung der Seiten festzulegen, hat der Gegner die **Versuche, die Trennung von Kräften und Mitteln im Gebiet von Petrowskoje zu sabotieren, aktiviert**.

So hat die ukrainische Seite gestern einen **Versuch einer bewaffneten Provokation** in diesem Gebiet unternommen. Das Kommando der 128. Gebirgstruppenbrigade hat einer Mörsermannschaft den Auftrag erteilt, einen Beschuss des Gebiets von Petrowskoje vorzunehmen, um die Erwidern des Feuers zu erreichen und anschließend uns der Sabotage der Friedensinitiativen zu beschuldigen. Um das erwidernde Feuer auf von den BFU kontrolliertes Territorium festzuhalten, wurden **Filmteams ukrainischer und ausländischer Massenmedien von den Fernsehsendern „Inter“ und „Deutsche Welle“ eingeladen** sowie die Informationsagenturen „France Presse“ und „Reuters“.

Aber die geplante **Provokation scheiterte, weil einer der „zuverlässigen“ 120mm-Mörser explodierte**, die entgegen den Anweisungen des Verteidigungsministeriums in allen Einheiten der Brigade vorrätig sind. Infolge des Vorfalles **starben zwei Soldaten und drei wurden verletzt**. Wir hoffen auf die Objektivität der ausländischen und ukrainischen Massenmedien, die eine ausgezeichnete Reportage für ihr Auditorium gedreht haben.

Wir stellen weiter eine **niedrige Personalausstattung der Einheiten der BFU** fest. So wurden zur zusätzlichen Ausstattung der 36. Marineinfanteriebrigade mehr als 400 Soldaten und Unteroffiziere der Luftstreitkräfte der Ukraine in die Einheiten abkommandiert, die von unserer Aufklärung bereits an der Kontaktlinie festgestellt werden. Die Ausstattung der Brigade mit Zugkommandeuren beträgt 57%, mit Kommandeuren von Abteilungen 43%, mit leitenden Unteroffizieren für Kompanien 61%.

Vk-Seite der Union der Kommunisten des Lugansker Landes: Am 7. November fand in Lugansk auf dem Theaterplatz die traditionelle **Kundgebung der Kommunisten zum 102. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution** statt. Organisator der Veranstaltung ist die Union der Kommunisten des Lugansker Landes. Die Versammelten legten Blumen am Lenin-Denkmal nieder.

Auf der Kundgebung sprachen: der erste Sekretär der Union der Kommunisten des Lugansker Landes Igor Gumenjuk, der Abgeordnete des Volkssowjets der LVR Oleg Popow, der Vorsitzende des Komsomols Gleb Grinko, der Bergmann aus Antrazit Stanislaw Batschinkisj, der Soldat der Volksmiliz der LVR Iwan Oktjabrj und andere.

Die Teilnehmer der Kundgebung erhielten Glückwunschtelegramme vom Vorsitzenden der KPRF Gennadij Sjuganow, dem Sekretär des ZK der KPRF, dem Abgeordneten der Staatsduma der RF Kasbek Tajsajew und dem Generalsekretär des ZK der KP Kataloniens

Albert Santin.

Die Kundgebung endete mit der Hymne der Kommunisten, der Internationale.



<https://sun9-51.userapi.com/c854416/v854416211/157ca8/ovDDwxnjI4Q.jpg>

de.sputniknews.com: **DW-Intendant kommt mit Mitgliedern russischer Staatsduma zusammen**

Mitglieder der Staatsduma-Kommission zur Ermittlung der ausländischen Einmischung in Russlands Angelegenheiten haben ein Treffen mit dem Intendanten der „Deutschen Welle“, Peter Limbourg, abgehalten. Dies teilte am Donnerstag der Vizevorsitzende des Ausschusses, Nikolaj Ryschak, mit.

„Das Treffen hat stattgefunden“, sagte er.

„Es erfolgte in einer konstruktiven Umgebung; das ist alles, was ich sagen kann. Limbourg hat alles gehört, und ich denke, dass zunächst gesteckte Ziele erreicht worden sind. Aber das ist zurückhaltend. Schauen wir mal, wie die erzielten Vereinbarungen erfüllt werden“, so Ryschak.

Am Mittwoch hatte sich der russische Außenminister dagegen ausgesprochen, dass ausländischen Medien, einschließlich der Deutschen Welle, die Arbeitserlaubnis in Russland entzogen wird. Er betonte dabei, dass DW-Vertreter sich mit der Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, getroffen und dabei ihren Fehler eingestanden hätten: „Sie gaben zu, dass dies nicht wirklich korrekt war im Rahmen der Geschehnisse, die damals in Moskau stattgefunden hatten“.

Zuvor hatten einige russische Politiker gefordert, der „Deutschen Welle“ die Akkreditierung zu entziehen. Anlass war ein Twitter-Beitrag des Senders, der vom russischen Staat als Aufruf an die Bevölkerung interpretiert wurde, an den nicht genehmigten Protestaktionen in Moskau teilzunehmen.

Am 27. Juli schrieb der Sender auf seinem russischen Twitter-Account „Moskau, geh raus!“ Es kann natürlich wohl sein, dass der Sender nur die Worte der Demonstranten wiedergab, jedoch gibt es dafür keinerlei Hinweise.

Der Leiter der DW-Intendanz Hoffmann weist die Anschuldigungen zurück: Die Berichterstattung des Senders befolge „die Regeln des ausgewogenen Journalismus“. Das schließe eine „etwaige Einmischung in innere Angelegenheiten jedweder Staaten aus“.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32192/10/321921061.jpg>

wpered.su: In Donezk wurde der Tag des Großen Oktober gefeiert und Kuba unterstützt

Am 7. November veranstalteten das ZK der KP der DVR, die Donezker Stadtorganisation der Kommunistischen Partei der DVR, die Union sowjetischer Offiziere der DVR, die Frauenorganisation „Nadeshda Donbassa“, der Leninschen Kommunistische Jugendverband der DVR, Mitglieder der volkspatriotischen Bewegung ein Festkonzert und Kundgebung zum 102. Jahrestag des Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Während der Veranstaltung legten sie Blumen am Lenin-Denkmal nieder, teilt eine Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Der erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow gratulierte den Kundgebungsteilnehmern. Er unterstrich, dass die Geschichte der Menschheit kein bedeutsameres Ereignis kennt als die Große Sozialistische Oktoberrevolution. Zu den Versammelten sprach auch der Vorsitzende der Union Sowjetischer Offiziere der DVR Eduard Ljubimow, der Vertreter des ZK des Leninschen Komsomol der DVR Gennadij Fomenko, der Vorsitzende der gesellschaftlichen Organisation „Neue Skythen Noworossijas“, Vertreter örtlicher Parteiorganisationen. Nach den Reden wurden neuen Mitgliedern der Partei Parteibücher und Gedenkmedaillen des ZK der KPRF überreicht. Es wurden Glückwünsche von den Vorsitzenden der KPRF bzw. der KPU Gennadij Sjuganow und Pjotr Simonenko verlesen. Außerdem wurde ein Aufruf einer Initiativgruppe von Einwohnern, die auf dem zeitweilig von der Ukraine kontrollierten Territorium des Donbass leben, an die Führung der DVR mit der Bitte, auf der nächsten Sitzung der Kontaktgruppe in Minsk die Frage der Beendigung der Verfolgung von Organisatoren des Referendums am 11. Mai 2014 aufzuwerfen, verlesen.

Zum Abschluss der Kundgebung schlossen sich die Kommunisten der internationalen Aktion „Weg mit der Blockade Kubas“ an. Am Lenin-Denkmal wurde ein kollektives Foto mit der Losung der Aktion und einer Fahne Kubas sowie Fahnen Venezuelas, Syrien und Kataloniens gemacht.

„Eine Bestätigung dessen, dass die Ideen des Großen Oktober weiterhin die Massen ergreifen, sind die aktuellen Ereignisse in Lateinamerika. Der Sieg von Kandidaten linker Kräfte bei den Präsidentschaftswahlen in Bolivien und Argentinien, die Massenprotestaktionen in Ecuador und Chile sind eine Bestätigung dafür. An der Spitze eines linken Umschwungs in Lateinamerika steht das heldenhafte Kuba. Heute, am 7. November, wird auf der Generalversammlung der UNO ein weiteres Mal eine Resolution über die Beendigung der Blockade der Insel der Freiheit von Seiten der USA erörtert. In der ganzen Welt finden Solidaritätsaktionen unter dem gemeinsamen Motto „Weg mit der Blockade Kubas“ statt. Genossen, lasst uns unsere kubanischen Brüder unterstützen und schließen wir uns der Aktion

an“, sagte Boris Litwinow zu den Kundgebungsteilnehmern.

Nach der Kundgebung fand auf dem Leninplatz ein Konzert mit Beteiligung des legendären Orchesters „Schachtjorskije Sori“ und des Siegers des Wettbewerbs „Stimme 60+“ Leonid Sergienko statt, der mit einer Urkunde des ZK der KP der DVR ausgezeichnet wurde.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2019/11/IMG_20191107_151022-1024x768.jpg

dnronline.su: Der stellvertretende Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Witalij Kishajew berichtete bei einer **Sitzung der Regierung über das Programm für Ersatzwohnraum**.

„Das Bauministerium arbeitet verschiedene Varianten aus, um von Kriegshandlungen betroffene Einwohner der Republik mit Wohnraum zu versorgen, eine davon sieht den Abschluss des Baus von Mehrparteienwohnhäusern vor, die nicht relativ weit fertig gebaut, aber nicht abgeschlossen wurden, um sie dann als Ersatzwohnraum zu nutzen“, sagte Witalij Kishajew.

Auf dem Territorium der DVR wurden durch Kriegshandlungen 4770 Mehrparteienwohnhäuser und 22.441 Einzelwohnhäuser beschädigt.

„2120 Mehrparteienwohnhäuser und 9071 Einzelwohnhäuser wurden wiederaufgebaut. Es wurden bereits drei Wohnhäuser in Debalzewo, Gorlowka und Junokommunarskoje in Betrieb genommen, um Bedürftige mit Wohnraum zu versorgen. In Donezk wurden zwei zehnstöckige Häuser in der Rosa-Luxemburg-Straße als Wohnraum für Übersiedler aus einem neunstöckigen Wohnhaus, das am Donezker Flughafen zerstört wurde, saniert“, fasste Kishajew zusammen.

de.sputniknews.com: **Fledermäuse sabotieren Baubeginn von Einheitsdenkmal in Berlin**

Der Bau des Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin wird voraussichtlich nicht mehr in diesem Jahr beginnen. Zum Schutz der Fledermäuse, die im Sockel des einstigen Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Humboldt-Forum leben, lehnte die Umweltverwaltung am Mittwoch eine Ausnahmegenehmigung für den sofortigen Start der Arbeiten der „Einheitswippe“ ab. Der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) hatte laut dpa gegen die Ausnahmegenehmigung geklagt. Weil die Klage eine aufschiebende Wirkung hat, dürfe zunächst keine Bauerlaubnis

erteilt werden, sagte ein Sprecher der Umweltverwaltung am Mittwoch weiter. Da die Fledermäuse nun in den Winterschlaf gehen, ist laut Nabu ein Baubeginn vor Mai 2020 nicht möglich. Ansonsten wäre eine Störung oder Tötung der streng geschützten Tiere die Folge.

Anfang Oktober hatte die Behörde für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz die Ausnahmegenehmigung für den Baubeginn erteilt. Gleichzeitig hatte sie den Generalunternehmer des Bundes, die ARGE Milla & Partner, aufgefordert, die seit Jahren anhängigen Natur- und Artenschutzauflagen zu erfüllen.

Laut Nabu sind aber bisher weder ein ausreichendes Ersatzquartier noch alternative Brutplätze für die Fledermäuse geschaffen worden. Trotz eingebauter Sperren seien die Tiere wieder in das Gewölbe im Sockel geflogen. Eine Gutachterin habe dort im Oktober Wasser-, Zwerg- sowie Rauhaufledermäuse nachgewiesen. Sie stehen auf der Roten Liste als gefährdete Säugetiere.

Für das seit Jahren umstrittene Projekt hatte der Bundestag im vergangenen Jahr 17 Millionen Euro freigegeben. Auf dem Sockel des früheren Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmals vor dem künftigen Humboldt Forum soll eine riesige begehbare Waage an die friedliche Wiedergewinnung der Deutschen Einheit erinnern.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32596/10/325961097.jpg>

Dan-news.info: Erklärung der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa über die Sabotage der außerplanmäßigen Videokonferenz des Kontaktgruppe

Im Zusammenhang damit, dass wir bisher keine offizielle Antwort der ukrainischen Seite über die Durchführung des von uns initiierten außerplanmäßigen Treffens der Kontaktgruppe, in das sich nur der Koordinator Botschaft Sajdik eingeschaltet hat und vorschlug den Zeitpunkt auf den 8. November zu verlegen, erhalten haben, sind wir mit ihm in Kontakt getreten, um die Positionen der Vertreter der Ukraine zu dieser Frage zu klären.

Leider teilte Herr Sajdik mit, dass das außerplanmäßige Treffen der Kontaktgruppe nicht stattfinden wird. Die Gründe dafür sind uns nicht bekannt. Unseren Vorschlag für ein außerordentliches Treffen der Kontaktgruppe und eine offizielle schriftliche Positionen haben wir bereits am 5. bzw. 6. November eingereicht, direkt nachdem die ukrainische Seite am 4. November ein weiteres Mal die Maßnahmen zur Beseitigung der Verstöße am Trennungsabschnitt in der Nähe von Petrowskoje sabotiert hatte.

Offizielle Vorschläge der Vertreter Kiews zu einer kollegialen Abstimmung eines neuen auf der Ebene der Kontaktgruppe festgelegtes Datums, außer einseitigen Erklärungen in den Massenmedien, oder über ein anderen Datum für eine Videokonferenz haben wir bisher nicht erhalten.

Derzeit ist die Situation so, dass Kiew den Beginn der Maßnahmen zur Trennung an allen

Zeitpunkten, die von der Kontaktgruppe im Auftrag der Normannischen Vier bestätigt wurden, sabotiert hat, während die Kräfte der Volksmiliz der DVR mehrfach eine weiße Signalrakete an den entsprechenden Daten gestartet haben.

Offensichtlich will Kiew demonstrativ keine Vereinbarung mit den Republiken treffen, nennt einseitige Aktionen, die in den Massenmedien für Schuldzuweisungen genutzt werden. Statt zuverlässig gemeinsame Entscheidungen zu erfüllen, drückt die Ukraine ihre Position durch und neutralisiert alle unsere Friedensinitiativen durch Provokationen.

Die DVR war und bleibt ein zuverlässiger Partner. Unser Vorschlag, kollegial ein Darum im Rahmen eines außerplanmäßigen Treffens der Kontaktgruppe zu vereinbaren und die bereits erreichten Vereinbarungen umzusetzen, bleibt in Kraft: Wir sind wie bisher bereit zu einer synchronen Umsetzung des praktischen Teils der Maßnahmen an einem von der Kontaktgruppe bestätigten Datum.

Dan-news.info/dnronline.su: **Eine Gedenkveranstaltung zum Tag des Kampfes gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus fand heute im frontnahen Petrowskij-Bezirk von Donezk statt.** Hunderte von Menschen kamen, um im Petrowskij-Kulturpalast das Andenken der Opfer der faschistischen Verbrechen zu ehren. An der Veranstaltung nahmen offizielle Funktionsträger, Veteranen des Großen Vaterländischen Kriegs, Soldaten der Armee der DVR, Schüler von Schulen des Petrowskij-Bezirks, Jungarmisten der Organisation „Junge Garde – Jungarmee“ teil.

Der Ort für diese Veranstaltung war nicht zufällig gewählt worden: Der Petrowskij-Bezirk befindet sich ständig unter dem Feuer der ukrainischen Truppen, die die menschenfeindliche Politik Kiews gegen das Volk des Donbass umsetzen.

Der Rabbiner Arje Schwarz unterstrich, dass niemals die schrecklichen Ereignisse vergessen werden dürfen, die in der Mitte des letzten Jahrhunderts stattfanden und leider in einigen Ländern der Erde wiederaufkommen. „Wir haben uns im Petrowskij-Bezirk versammelt, damit die Einwohner unsere Unterstützung spüren, denn sie werden täglich beschossen. Wenn wir des Holocaust, der Kristallnacht gedenken, dürfen wir niemals eine Wiederholung zulassen“, sagte Arje Schwarz.

In der Halle war eine Ausstellung von Bildern von Schülern aus Donezk mit Aufrufen zum Frieden auf der Erde. Neben dem Ewigen Feuer gab es Transparente mit Fotos von Opfern der Verbrechen von Nazi-Deutschland.

Die Veranstaltung begann mit einem Film des Informationsministeriums der DVR „Kristallnacht“, der von den Pogromen gegen Juden in Deutschland im Jahr 1938 berichtet. Der minderjährige Häftling eines Konzentrationslagers in Düsseldorf Andrej Sawtschenko berichtete, warum der Faschismus und seine Anhänger gefährlich sind.

Dann trugen örtliche Künstlerkollektive Verse, Lieder und thematische Tänze im Gedenken an die Opfer des Nazismus und Faschismus vor. Die Veranstaltung endete mit einer Schweigeminute, dem Niederlegen von Blumen und dem Entzünden von Kerzen.

Der internationale Tag gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus wird jährlich am 9. November begangen aus Anlass des Jahrestags des Massenpogroms gegen Juden durch deutsche Nazisten im Jahr 1938.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/11/dan-news.info-2019-11-07_12-30-37_931818-----2-1024x679.jpg

abends:

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 17:50 Uhr das Feuer aus Richtung Wodjanoje in Richtung **Kominternowo** mit Mörsern des Kalibers 120mm eröffnet.

Infolge des direkten Treffers eines Mörsergeschosses wurde ein Wohnhaus in der Achmatowa-Straße 15 beschädigt. Wir merken an, dass dieses Haus zweimal von Seiten der BFU beschossen wurde.

Opfer unter der Zivilbevölkerung n wurden bisher nicht festgestellt. Genauere Informationen werden ermittelt.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Heute um 17:20 Uhr haben die BFU das Feuer mit Schützenpanzerwaffen auf die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** im Westen von Donezk eröffnet.

Infolge des Beschusses wurde eine Gasleitung in der Lugowskij-Straße 52 beschädigt.

Nach genaueren Informationen wurden außerdem zwei Wohnhäuser beschädigt:

- Pawlowskaja-Straße 5 (Verglasung, Fassade);

- Anosow-Straße 37 (Dach).

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden nicht festgestellt.

de.sputniknews.com: **Merkel wirft Macron „drastische“ Wortwahl über Nato vor**

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Äußerung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron über die Nato deutlich kritisiert. Macron hatte zuvor der Organisation den „Hirntod“ bescheinigt und erklärt, auf die Nato und die USA sei kein Verlass mehr.

Macron habe „drastische Worte“ verwendet, äußerte Merkel in einer Pressekonferenz mit Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg. „Ein solcher Rundumschlag ist nicht nötig, auch wenn wir Probleme haben, auch wenn wir uns zusammenraufen müssen.“

„Diese Sichtweise entspricht nicht meiner“, sagte Merkel in Bezug auf Macron weiter. Das transatlantische Bündnis sei „unabdingbar für uns“. Ihrer Ansicht nach gebe es viele Bereiche, in denen die Allianz gut arbeite.

Nato-Chef Stoltenberg schloss sich der Sichtweise der Kanzlerin an. „Die Nato ist stark“, betonte er.

Emmanuel Macron hat den Staatenbund wenige Wochen vor dem Nato-Gipfel in die Mangel genommen. Einer der Kritikpunkte seien fehlende Absprachen, sagte er im Interview mit der britischen Zeitung „The Economist“, das am Donnerstag veröffentlicht wurde.

„Was wir derzeit erleben, ist der Hirntod der Nato“, so der französische Präsident im Interview.

Außerdem gebe es „keinerlei Koordinierung bei strategischen Entscheidungen zwischen den USA und ihren Nato-Verbündeten“. Seiner Meinung nach wenden sich die Vereinigten Staaten immer mehr von Europa ab.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32596/41/325964137.jpg>

Lug-info.com: Einwohner Stachanows haben heute eine Gedenktafel für einen der Initiatoren und Organisatoren der Stachanow-Bewegung, den Helden der sozialistischen Arbeit, den Ehrenbürger der Stadt Konstantin Petrow eingeweiht. Sie befindet an der Fassade des Stachanower College, das den Namen Petrows trägt.

de.sputniknews.com: **Russland und Kasachstan konzipieren Programm von Grenzkooperation**

Russland und die zentralasiatische Republik Kasachstan haben das Konzept eines Programms der Grenzkooperation bestätigt. Das Dokument wurde am Donnerstag von den Wirtschaftsministern beider Länder, Maxim Oreschkin und Ruslan Dalenow, am Rande des 16. Forums der überregionalen Zusammenarbeit beider Länder in Omsk unterzeichnet.

„Russland hat Erfahrungen aus einem Programm der Grenzkooperation mit der Europäischen Union, das entlang der gemeinsamen Grenze von Kaliningrad bis zu Polarregionen realisiert wird. Gebaut werden Objekte der kommunalen und der Transportinfrastruktur, (...) umgesetzt werden gemeinsame Businessprojekte“, sagte Oreschkin in der Plenarsitzung des Forums.

Es sei merkwürdig, dass Russland ein solches Programm mit der EU habe und mit Kasachstan nicht. In diesem Jahr sei die Aufgabe gestellt worden, ein solches Dokument zu erstellen. „Als nächster Schritt soll ein Regierungsabkommen über die Finanzierung und Umsetzung des Programms getan werden“, sagte Oreschkin.

Ihm zufolge wird die Realisierung des Programms es gestatten, den bilateralen Handel zwischen Russland und Kasachstan auszubauen und die Einnahmen aus dem Transit zu erhöhen. Zudem würden Spediteure den Zeitaufwand und die Kosten minimieren können.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32596/38/325963827.jpg>

Dnronline.su: Erklärung des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin zur Frage der Trennung von Kräften und Mitteln im Gebiet von Petrowskoje

Morgen, am 8. November, sollte eine außerordentliche Videokonferenz der Kontaktgruppe stattfinden, um mit allen Verhandlungsteilnehmern ein neues Datum für den Beginn der zweimal von Kiew sabotierten praktischen Maßnahmen zur Beseitigung der Verstöße am Trennungsabschnitt bei Petrowskoje zu bestätigen.

Aber statt einer offiziellen Antwort zu dieser Frage haben die Vertreter der Ukraine die Praxis einseitiger populistischer Aktionen fortgesetzt, die auf die Sabotage aller von der Kontaktgruppe vereinbarten Friedensinitiativen gerichtet sind.

Nach der Sabotage des Beginn der praktischen Maßnahmen am Trennungsabschnitt bei Petrowskoje durch die ukrainische Seite am 9. Oktober hat die Kontaktgruppe andere dem Zeitplan entsprechende Daten vereinbart – den 2. November für vorbereitende Schritte und den 4. November für den Beginn des Abzugs. Trotz der Vereinbarung, dass die Daten nicht veröffentlicht werden sollten, hat der Präsident der Ukraine im Vorgeld des praktischen Teils der Beseitigung der Verstöße die Bereitschaft der BFU namentlich an diesem Datum, dem 4. November, angekündigt.

Die folgende weitere Sabotage des Beginn des Prozesses durch die ukrainische Seite demonstrierte unzweideutig die reale Position des Präsidenten als oberstem Kommandeur und zeigte die politische Unhaltbarkeit der Rechtfertigungen unserer Gegner.

Trotz aller von der ukrainischen Seite durchgeführten Provokationen erwarten wir, dass dieses Mal bei einer aktiven Position der Vermittler – der OSZE-Mission – Kiew Vernunft zeigt und abgestimmt, synchron und spiegelbildlich mit der Erfüllung seiner Verpflichtungen zur Beseitigung der Verstöße am Pilotabschnitt im Gebiet von Petrowskoje, wo die Trennung der Seiten bereits einmal erfolgt ist, erfüllt.

Wir unsererseits bestätigen ein weiteres Mal die Bereitschaft der Einheiten der Volksmiliz der DVR, am 9. November mit der Umsetzung der praktischen Maßnahmen an dem Abschnitt in der Nähe von Petrowskoje zu beginnen, an dem die Trennung der Seiten bereits einmal erfolgt ist, worüber wir heute eine Mitteilung an die OSZE-Mission übergeben haben.

de.sputniknews.com: Ukraine und USA konzipieren weitere Militärkooperation

Die ukrainische Vizeverteidigungsministerin Alina Frolowa und US-amerikanische Kollegen haben bei einem Treffen am Donnerstag die Hauptaspekte der Militärkooperation beider Länder erörtert. Das teilte die Pressestelle des ukrainischen Verteidigungsamtes nach den Gesprächen in Kiew mit.

Das Treffen ging mit der Unterzeichnung eines Protokolls mit dem Pentagon zu Ende. „Es geht unter anderem um Stand und Perspektiven der Militärreform in der Ukraine sowie um die Förderung dieses Prozesses durch die USA“, hieß es in der Mitteilung. Den Angaben zufolge wiesen die Amerikaner auf „beachtliche Erfolge bei der Reform und auf gestiegene Möglichkeiten der ukrainischen Streitkräfte“ hin. Das unterzeichnete Protokoll bestimme die weiteren Richtungen der Kooperation zwischen den Verteidigungsministerien der Ukraine und der Vereinigten Staaten, hieß es. Zu Details des Dokuments machte Kiew keine Angaben.

Armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR

Der Gegner unterlässt die Versuche nicht, die Situation an der Kontaktlinie zu destabilisieren, und steigert dazu weiterhin die Intensität des provokativen Beschusses des Territoriums unserer Republik. Dabei wählen die unkontrollierten Strafruppen als Ziele Objekte der Lebenserhaltung und Häuser friedlicher Einwohner.

So haben heute um 17:20 Uhr Kämpfer Martschenkos aus der 28. Brigade **Trudowskije** mit Schützenpanzerwaffen beschossen. Infolge des Beschusses wurden Schäden an Wohnhäusern in der Pawlowskaja-Straße 5 und der Anosow-Straße 37 festgestellt. Außerdem wurde ein Schaden an einer Gasleitung in der Lugowskij-Straße 5 festgestellt, der durch operative Handlungen der Kräfte des Zivilschutzministeriums beseitigt wurde.

Um 17:50 Uhr haben Kämpfer der 35. Marineinfanteriebrigade Gnatows **Kominternowo** mit Mörsern beschossen. Als Resultat des direkten Treffers eines 120mm-Geschosses wurden Zerstörungen an einem Wohnhaus in der Achmatowa-sraße 15 festgestellt.

Außerdem wurde am Abend von den Positionen der 128. Brigade, die vom Kriegsverbrecher Korosteljew geleitet wird, Beschuss mit Schusswaffen auf den **Abschnitt zur Trennung von Kräften und Mitteln im Gebiet von Petrowskoje** registriert.

Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Diese Fälle von Beschuss unserer Republik bewerten wir als Akte der Aggression und rufen die OSZE-Mission auf, das Kommando des Stabs der OOS zu zwingen, seine Kämpfer unter Kontrolle zu nehmen.